

Schweizerhalle: «Nur e Bitzli...?»

Autor(en): Martin Matter
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 1987

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/e369d626-39e7-449a-bc59-f8ce9e55734b>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Schweizerhalle: «Nur e Bitzli...?»

Die Bilder jener angstvollen Nacht sind verblasst, das Sirenengeheul ist kaum mehr vorstellbar. Die Sirenen, die sind inzwischen gehörig in Ordnung gebracht worden, funktionieren wieder. In Basel scheint eigentlich alles wieder zu funktionieren – vielleicht sogar die Überzeugung, «so etwas» könne bei uns nicht (mehr) passieren. Die Gedenk-Manifestationen und Veranstaltungsreihen ein Jahr nach dem 1. November 1986 verzeichneten, gemessen an den Scharen der Herbstmesse-Besucher, keinen überwältigenden Zustrom, die Wahlen vom 18. Oktober 1987 und Meinungsumfragen zum Jahrestag signalisierten eine deutliche Beruhigung. Wieviel daraus für die wahre Seelenlage der Region abzulesen ist, kann kaum definiert werden, bleibt den politischen Auguren überlassen.

«Es isch jo nur e Bitzli gsi, Bitzli sin jo schnäll verbi . . .» dichtete eine dritte Klasse der Primarschule St. Johann am Schultheater-Markt zum Thema «Schweizerhalle». Oder vielleicht haben die Basler Theater recht, die über ihre Thematischen Wochen im November 1987 das Leitmotiv «Krise als Chance?» setzten. Ob nun wiedergefundenes Vertrauen, Gleichgültigkeit, Verdrängung oder das Bewusstsein einer Chance vorherrscht, ist schwer zu fassen. Die Zeichen an der Wand jedenfalls sind nicht mehr da, aber die Wand, das ist vielleicht nur das Sichtbarste. Auch die Brandkatastrophe von Nantes, die fast genau am Schweizerhalle-Jahrestag passierte und unheimliche Parallelen aufwies, liess die Zeichen nicht erscheinen – Nantes ist ziemlich weit entfernt von Basel . . .

Ansätze zum «Umdenken»

Was hat denn diese Nacht vom 1. November 1986, um deren Bezeichnung immer noch semantische Kriege geführt werden («Katastrophe», «Brand», «Ereignis»), konkret bewirkt? In Bewegung gekommen sind viele Dinge, politisch, psychologisch, unternehmenspolitisch. Eindeutig gewachsen ist die Gesprächsbereitschaft, die Einsicht in gewisse nicht mehr überschreitbare Grenzen; es herrscht, wie man so schön sagt, eine gewisse «Zielkongruenz» hinsichtlich eines verstärkten Umweltschutzes im weitesten Sinn. Die Veränderung der Wirklichkeit bedeutet das noch nicht, aber wohl ein vorsichtiges Abrücken von den Gemeinplätzen. Aber was dabei herauskommen wird, zeichnet sich erst unscharf ab. Eine Leuenberg-Tagung mit zahlreichen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Parteien jeder Couleur suchte im Gespräch der Sache näherzukommen und das «Umdenken» zu formulieren. Dass dies vollends gelungen sei, wäre weit übertrieben, aber Gespräche dieser Art in höchst heterogen zusammengesetzten Runden wären «vorher» nicht denkbar gewesen. Mindestens lacht man nicht mehr einfach übereinander.

Der Versuch, bisherige Veränderungen und Massnahmen zu bilanzieren, muss bruchstückhaft bleiben. Er sei gegliedert in die Hauptbereiche Rhein, Chemie, Staat.

Der Rhein

Dass am 1. November 1986 «nur» der Rhein gelitten hat, wird oft als Trost dargereicht. Das

stimmt auch, gemessen an Menschenleben. Aber die Symbolkraft des Flusses, des Stroms, der nicht von ungefähr in der Mythologie vieler Völker als Lebensspender und als Bild psychischer Energie gilt, war in den damaligen Reaktionen der Bevölkerung spürbar. Tagespolitisch spielen «irrationale» Dinge indessen keine Rolle. Dieser Rhein, das ist als besonders erfreulich zu registrieren, erholt sich offensichtlich von der schockartigen Vergiftung wesentlich schneller als befürchtet: Ein Jahr «danach» ist er keineswegs mehr «tot»; geblieben aber ist die chronische Belastung mit Schadstoffen. Die Belebung mit Kleinlebewesen dürfte bald wieder den Stand vor dem 1. November 1986 erreicht haben, und die Fischpopulation wächst deutlich, wie auch der «Aufstand» der Basler Galgenfischer an ihrem Probefischen gezeigt hat.

Ein wesentliches ökologisches Problem aber haben wir den Nachbarn weitergereicht: All die aus dem Rhein ausgewaschenen giftigen Substanzen, die am Flussboden lagerten, sind schlicht und einfach in die Nordsee gelangt – Substanzen mit Halbwertszeiten von 10 Jahren oder mehr. Hätte ein Schweizer See diese Giftwelle schlucken müssen, die Folgen wären verheerend.

Damit ist angedeutet, was an Problemen bleibt: die Dauerbelastung des Rheins mit Schadstoffen, die bisher als «Grundbelastung» ziemlich fatalistisch hingenommen wurde – als ein Preis des industriellen Fortschritts. Hier ist ein verändertes Bewusstsein zu spüren: Die Rhein-anliegerstaaten haben in ungewöhnlicher Einigkeit ein Aktionsprogramm zur Gesundung des Rheins beschlossen. Denn die unzähligen «kleinen Einleitungen» sind heute noch an der Tagesordnung und stammen aus allen erdenklichen Quellen längs des Flusses. Das Resultat ist in Rotterdam im Schlamm zu messen, der vorab mit Schwermetallen massiv belastet ist und von den Holländern ausgebagert werden muss.

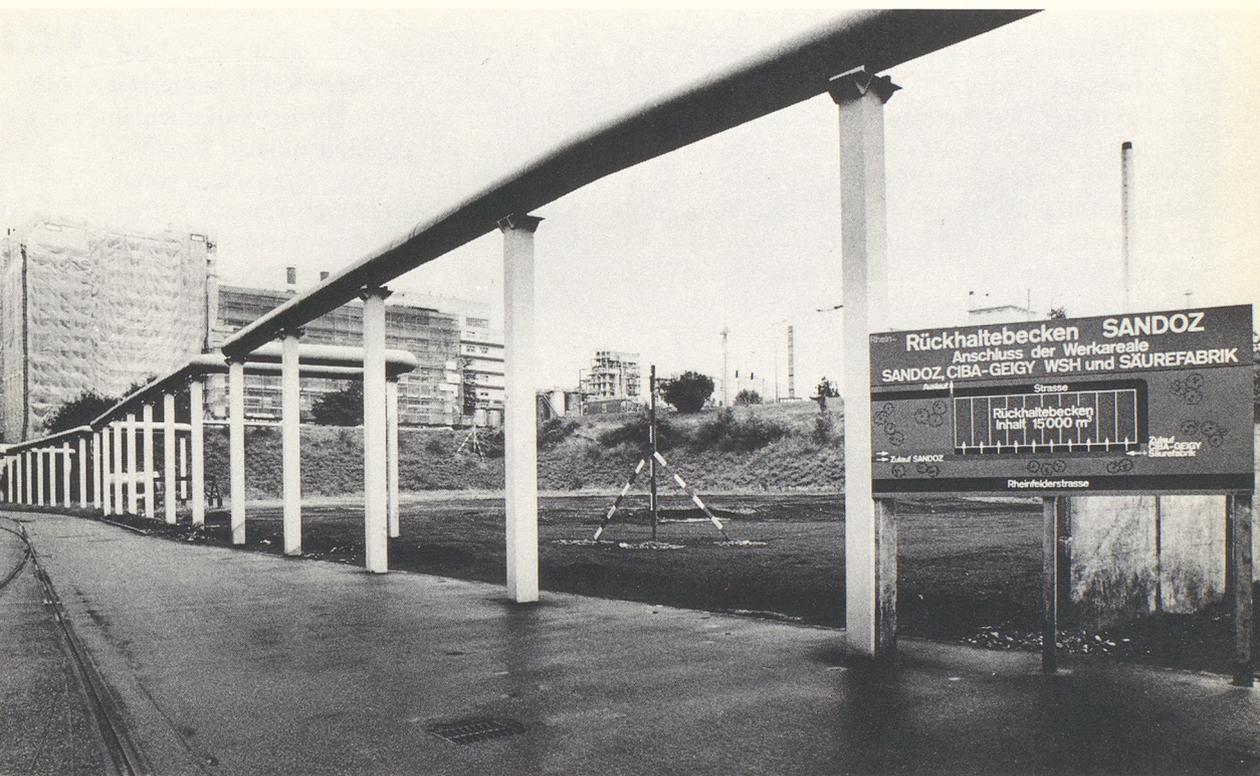
Kein Wunder, dass sie jetzt endgültig auf die Hinterbeine gestanden sind, unter anderem einen elektronischen «Messfisch» bis nach Basel sandten und gegebenenfalls auf zivilrechtlichem Wege auf Verschmutzer aller Nationen losgehen wollen.

Was nun die Rhein-anlieger beschlossen haben, geht in eine ähnliche Richtung: In einer ersten Phase sollen die Verschmutzungsquellen, ihre Ursachen und Auswirkungen genau erfasst und Mindestanforderungen an die Gemeinden gestellt werden. Überdies haben die Mitgliedstaaten Schweiz, Deutschland, Frankreich und die Niederlande nationale und schliesslich international zu harmonisierende Rheinschutzprogramme auszuarbeiten; auch der finanzielle Aufwand für die ökologische Genesung des Rheins ist konkreter zu budgetieren.

Die ehrgeizige Zielsetzung für die zweite Phase lautet: Halbierung der Einleitung gefährlicher Stoffe bis zum Jahre 1995. Das heisst auch, dass die industriellen Anlagen wie auch die Kläranlagen bis Mitte der neunziger Jahre auf den neuesten Stand der Technik gebracht und umfassende Sicherheitsvorkehrungen zu treffen sind. In dieses Kapitel gehört beispielsweise die von Anfang an ungenügende Leistung der Basler Kläranlage Pro Rheno, die nun mit der neuen Technologie der «Nassoxydation» auf Vordermann getrimmt wird. Das Ziel der Rhein-anliegerstaaten wird mit dem Lachs illustriert: Bis zur Jahrtausendwende soll der Rhein so sauber sein, dass von Salz (Kaliminen), Schmutz und Giftstoffen vertriebene Fische wie der Lachs wieder heimisch werden können.

Die Basler Chemie

Schweizerhalle dürfte in der Basler Chemie auch Dinge in Bewegung gebracht haben, die nicht so sehr nach aussen dringen. Der Laie aber muss sich an das halten, was eben nach aussen dringt. Zum ersten war es Sandoz-Chef Marc



Morets Versprechen einer ‹besseren Chemie›, noch im November 1986 geäußert. Was die bessere, sanfte Chemie bedeutet, mithin die Forderung nach umweltverträglicheren Produkten und Herstellungsprozessen, das bedarf noch während langer Zeit der Klärung. Da ist es schon aufschlussreicher, andere offizielle Formulierungen von Chemie-Exponenten zu Rate zu ziehen. Eine vorsichtige Formel umschreibt das Spannungsfeld nun als ‹Dreieck zwischen dem ökologisch Wünschbaren, dem technisch Machbaren und dem finanziell Verkräftbaren›. Zum ‹ökologisch Notwendigen› stossen solch ausgewogene Definitionen (noch?) nicht vor. Was deutlich darauf hinweist, wo nun die Rolle des Staates einsetzen muss, der nach der Kata-

△ Hier entsteht das Rückhaltebecken der Sandoz Schweizerhalle. Es soll im Laufe des Jahres 1988 bereitstehen.

strophe zum Teil sehr harte Worte gegenüber der Chemie fand und seinerseits Kritik entgegennehmen musste. Was Sandoz betrifft, so bestand der erste Schritt nach dem 1. November im Verzicht auf die Herstellung und den Verkauf aller quecksilberhaltigen Produkte und in der Liquidierung der Phosgen-Verwendung in der Farbstoffproduktion; das Phosgen-Lager in Schweizerhalle existiert nicht mehr; bei den Farbstoffen wurde auf andere Zwischenprodukte zurückgegriffen; ein Farbstoff wird überhaupt nicht mehr produziert. Als unvermeidbar erklärt Sandoz dagegen das Phosgen in der

Pharmaproduktion im Stammhaus Basel, wo jährlich 10 bis 15 Tonnen (ab Ciba-Geigy Monthey) verwendet werden.

Dass die mit der Lagerung von Chemikalien verbundenen Gefahren vor dem 1. November krass unterschätzt wurden, ist allseits eingestanden worden. Einzig die Zürich-Versicherung kann das rechtzeitige Erkennen für sich beanspruchen, hatte sie doch das tatsächlich eingetretene Szenario mit fast unheimlicher Präzision als «Fall» aufgezeichnet – ohne Echo.

Bei Sandoz wie bei den anderen Firmen gehörten neue Lagerkonzepte deshalb zu den Sofortmassnahmen. Kleinere Lager, Brandabschnitte, Einteilung der Güter in Gefahrenklassen, neue Brandschutzeinrichtungen und Verbesserung der EDV sind einige Stichworte. Behoben wird auch der allergrösste Mangel, nämlich der des bisher fehlenden Löschwasserbeckens, das die Rheinvergiftung hätte verhindern oder mildern können.

Bei den beiden anderen Grossfirmen waren und sind ähnliche Arbeiten im Gang. Ciba-Geigy hat aufgrund einer erneuten Risikostudie etwa die Lagermengen von Ethylenoxid massiv verringert und die «weitgehende» Stilllegung der Basler Ethoxylierungsanlage in Aussicht gestellt. Abgebaut wurden auch Lagerbestände an gefährlichen Substanzen wie Cyanurfluorid, Chlor, Brom. Auch Roche hat alle Produktionsstätten einer neuen Sicherheits-Kontrolle unterworfen und vor allem im Lagerbereich Schwachstellen eliminiert; Änderungen bei den Verfahren und der Produktpalette gibt es vorerst keine.

Zu erwähnen ist weiter der mit 12 Mio. Franken dotierte Rheinfonds der Sandoz, aus welchem Projekte zur ökologischen Verbesserung des Rheins finanziert werden. Generell erklären alle grossen Chemiefirmen, dass die Entwicklung von umweltverträglicheren Produkten erhöhte Priorität erhalte.

Der Staat

Die Behörden, die sich im Nachgang zu Schweizerhalle ebenfalls erheblicher Kritik ausgesetzt sahen, mussten handeln. In den Parlamenten der beiden Basel gingen reihenweise Vorstösse durch, die (von linker Seite) zwar schon vorgebracht wurden, aber nie eine Chance hatten. Das gilt vor allem für eine verstärkte Staatskontrolle mittels Chemieinspektoraten, Meldepflicht u.a.

Von zentraler Bedeutung ist nun die Erarbeitung von Risiko-Katastern in beiden Basel, denn die Gefahren gehen keineswegs ausschliesslich von der Grosschemie aus: Schweizerhalle hat auch ganz andere und vielfältige Gefahrenpotentiale in der Region bewusst gemacht. Noch wenig ausdiskutiert sind indessen die Kriterien, nach denen all die Risiken am Ende bewertet werden sollen – der entscheidende Punkt bei der Definition des akzeptablen «Restrisikos». Vor allem ist die Frage offen, in welcher Form sich die betroffene Bevölkerung an dieser Definition beteiligen können.

Beide Kantone haben im Gleichklang spezielle Untersuchungsausschüsse eingesetzt, die neben der Erarbeitung des Risiko-Katasters Vorschläge für die Verbesserungen bestehender Organisationen und die Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen vorzulegen hatten. Die Ausschüsse haben im Laufe des Jahres 1987 mehrere Berichte abgeliefert, in denen nicht zuletzt Fragen der mangelhaften Alarmierung und Information eine wesentliche Rolle spielen. Basel-Stadt beschloss die Schaffung einer Kontrollstelle für Chemiesicherheit, Luft und Umwelt, die im Laufe des Jahres 1988 in Funktion treten soll. Weiter wird eine neue Koordinationsstelle für Umweltschutz die Regierung beraten und den Vollzug des eidgenössischen und kantonalen Umweltrechts koordinieren.

Dass auch der Zivilschutz (landesweit) überdacht werden muss, hat Schweizerhalle dra-

chutt

Noch nicht
entsorgt:
8424 Fässer
mit Chemie-
Rückständen

Ziel:
Verbrennen in
Spezialofen



△ 8424 Fässer mit Chemierückständen aus der Brandkatastrophe harren der Entsorgung.

Entschuldigung:
Auf dem überdeckten Brandplatz 956
besteht noch immer eine
gewisse Geruchsbelästigung.

△ Am Brandplatz ein Jahr danach . . .

stisch vorgeführt: Der schwerfällige Zivilschutz-Apparat ist viel zu stark auf den Kriegsstatt auf den zivilen Katastrophenfall ausgerichtet. In beiden Kantonen wurden die öffentlichen Schutzräume entweder entrümpelt oder mindestens teilweise für einen schnellen Bezug bereitgemacht.

Der Katastrophenschutz im weitesten Sinne gab und gibt eine Unmenge von Problemen zu lösen, von der Verständigung mit den ausländischen Nachbarn über die Organisation der Einsatzleitungen und die Ausrüstung von Kantonslabors/Lufthygieneamt bis zum Pflichtenheft der Lokalradios.

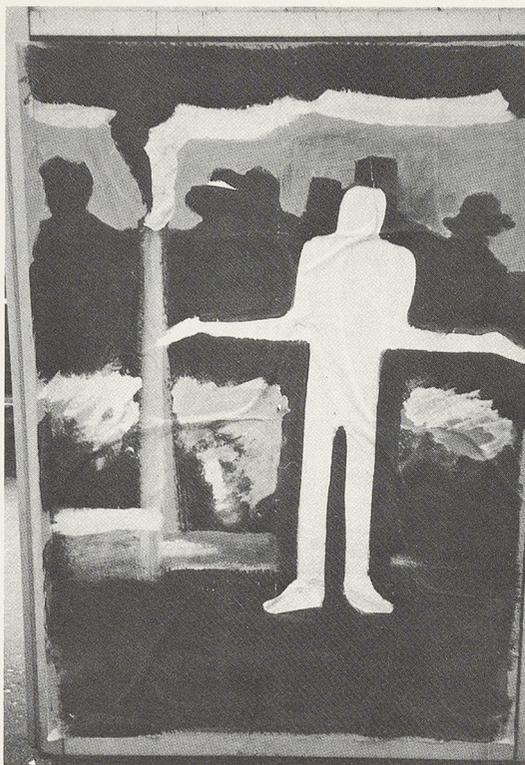
Baselland will bei der Veränderung von Verwaltungsstrukturen einen Schritt weiter gehen als die Stadt: Eine eigentliche Umweltschutzdirektion ist geplant (Koordination des Gesetzesvollzugs), weiter ein Sicherheitsinspektorat (Vorbeugung) und eine Stelle für Katastrophenvorsorge (Koordination der Schutzmassnahmen). Erschwerend kommt im Baselbiet hinzu, dass auch auf der Stufe der 73 Gemeinden fast alles überdacht werden muss: Neues Alarmsystem, permanente Schaltung von Verbindungen, Schaffung von «Gemeindeführungsorganen» analog dem kantonalen Krisenstab und vieles mehr.

Generell wird der Wille zur Zusammenarbeit der beiden Basel hier in ganz besonderem Masse gefordert, bei der Vorbeugung und besonders beim Vollzug. Nicht nur die Wirtschaft ist darauf angewiesen, dass grundsätzlich mit den gleichen Ellen gemessen wird. In diesem Sinne wurde an der oben erwähnten Leuenberg-Tagung ein Zeichen gesetzt, indem die kantonalen Umweltschutzgesetze zur Realisierung der eidgenössischen Vorschriften in den beiden Kantonen harmonisiert werden sollen. Im gleichen Zug wurden mögliche Modelle der Kooperation mit Südbaden und dem Elsass entworfen und in Basel sogleich politisch eingespeist.

Der Chemiestandort Basel

In diesem Jahr der zuerst harten, später wieder entspannteren Auseinandersetzung zwischen Behörden und Chemie ist die Ambivalenz der Lage überdeutlich zum Ausdruck gekommen: Den grössten Arbeitgeber und den grössten Gefahrenherd gleichzeitig zu «zähmen» – das gleicht der Quadratur des Zirkels. Viele sprechen den Behörden schlichtweg die Möglichkeit und die Kraft ab, auf den Machtfaktor Chemie wesentlichen Einfluss zu nehmen und weisen auf das Arbeitsplatz-Argument hin. Mit diesem Zaunpfahl aber hat die Basler Chemie nach Schweizerhalle kaum gewinkt – es fehlt nicht an klaren Bekenntnissen zum Standort Basel zumindest als Grundsatz. Denn Produktionsverlagerungen sind ja kein Kinderspiel; eine chemische Industrie braucht auch ein kulturelles «Hinterland», das weder auf der grünen Wiese noch im Entwicklungsland vorhanden ist. Die Chemie kann Basel nicht einfach verlassen, selbst wenn sie es wollte. Und wer die für die Chemie positiven Standortaspekte zu gewichten versucht, wird neben den verkehrstechnischen oder arbeitsbezogenen Momenten auch die «klimatischen» einbeziehen müssen: Trotz der ersten Vertrauenskrise nach Schweizerhalle ist das Klima offenkundig heute wieder besser, als es in vielen anderen Ländern auch ohne Katastrophen ist. Im Grunde bildet das «Wohlverhalten» der Bevölkerung nach Schweizerhalle oder auch während der Verbrennung der berühmt-berüchtigten Dioxinfässer ein einmaliges Phänomen und ein «Kapital», das die Chemie nicht aufs Spiel setzen wird. Nur: die Grenzen zwischen Akzeptanz und Ablehnung sind fließend, heute akzeptierte Risiken können sich morgen als untragbar erweisen.

Sich hier zu finden, gehört zu den grossen Aufgaben der kommenden Jahre, Aufgaben, die indessen mit kritischer Kooperation und nicht



Im Herbst 1987 erschien in Grossauflage ein anonymes Gedenkbüchlein, das 98 jener Plakate und Wandschriften zeigt, die nach dem 1. November 1986 die grosse Betroffenheit der Bevölkerung signalisierten. Zwei davon sind hier wiedergegeben.



mit «Zuckerbrot und Peitsche» gelöst werden dürfen.

Berlinerblau und die Folgen

Als weitgehend beantwortet kann demgegenüber die Frage nach der Brandursache gelten: Die akribische Untersuchung des Wissenschaftlichen Dienstes der Zürcher Stadtpolizei ist mit hohem Wahrscheinlichkeitsgrad zu dem Schluss gekommen, dass das «Schrumpfen» von Berlinerblau ein unbemerktes Glimmen und damit den Grossbrand verursacht hat. Berlinerblau ist ein lichtehtes dunkelblaues Farbpulver, das aus Eisensalz und Kaliumferrocyanid hergestellt werden kann und gemäss Untersuchungsbericht stundenlang ohne Geruchsimmissionen und unsichtbar glimmen kann. Paletten mit Berlinerblau sollen genau dort, wo der Brand entdeckt wurde, gestanden haben. Das Glimmen ist offenbar durch die weitverbreitete Methode des «Schrumpfens» verursacht worden: Chemiefässer oder Behälter werden auf der Frachtpalette befestigt, indem man Plastikfolien darüberzieht und unter Hitzeeinwirkung «schrumpft». Effekt: Die Folie liegt hauteng an. Weil beim «Schrumpfen» mit offenen Propangas-Flammen hantiert wurde, dürfte dies die Ursache des Glimmens sein. Brandstiftung oder weggeworfene Zigarettenstummel fallen damit als Ursache praktisch ausser Betracht.

Am Brandort selber ist alles aufgeräumt und in exakt 8424 Fässer verpackt, deren endgültige Bestimmung noch nicht feststeht; am nächstliegenden wäre die Verbrennung in einem Spezialofen, und hier wird natürlich der geplante Ofen der Ciba-Geigy in Basel anvisiert, ein Grossprojekt, das das «Wohlerhalten» der Region erneut auf eine harte Probe stellt. Die rund 1400 Tonnen Chemierückstände enthalten vorab Überreste von giftigen Phosphorsäureestern und Quecksilber. Noch nicht entsorgt sind weiter grosse Mengen von Erdreich unter dem Brand-

ort, das vor allem mit Quecksilber belastet ist; hinzu kommen erhebliche Mengen von Bohrschlamm, Kies, Beton, Eternit und Asphalt. Aufgrund der Untersuchungen will die Sandoz im Laufe des Jahres 1988 mit der Bodensanierung beginnen.

Die Justiz

Besonders viel zu reden gab die Strafuntersuchung gegen die Sandoz-Verantwortlichen, ein Verfahren, bei dem die Grenzen der rechtsstaatlichen Möglichkeiten sichtbar wurden. Ins Rollen kam die Ermittlung aufgrund mehrerer Strafanzeigen von Privatpersonen und Organisationen (Aktion Selbstschutz, POCH); am Jahrestag der Katastrophe waren die Strafuntersuchungen des Statthalteramts Arlesheim abgeschlossen. Zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen (November 1987) stand fest, dass es gegen mehrere Sandoz-Verantwortliche zur Anklage kommen könnte. In Frage kämen die Tatbestände der fahrlässigen Verursachung einer Feuersbrunst, der Luft- und Gewässerverschmutzung, der Grundwassergefährdung, der Körperverletzung. Eine wesentliche Rolle in der Beurteilung der Tatbestände dürfte das berühmte Gutachten der Zürich-Versicherung spielen, vor allem bei der Definition der Fahrlässigkeit. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern kennt die Schweizer Rechtsprechung keine Strafklage gegen juristische Personen, also gegen Gesamtunternehmen; Verfahren sind demnach nur personenbezogen möglich.

Das Geld

Bei der Diskussion um die finanziellen Folgen von Schweizerhalle stehen nicht bloss die konkreten Entschädigungen durch Sandoz im Vordergrund. Die Summe der Forderungen, für die die Firma haftbar gemacht werden kann, bezifferte Sandoz auf 50 bis 60 Millionen. Etliches davon ist bereits bezahlt, etwa zugunsten Frank-

reichs (11,5 Mio.) oder zugunsten der deutschen Fischer (3,6 Mio.) Bedeutender werden die Summen sein, die die Chemie und die anderen Unternehmen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften in nächster Zukunft generell für verstärkten Umweltschutz aufwenden müssen. Ciba-Geigy spricht alles in allem von einer Milliarde Franken in den kommenden drei Jahren, Roche von 70 Millionen.

Im Jahre 1986 haben die vier grossen Chemiefirmen Ciba-Geigy, Hoffroche, Sandoz und Lonza nach Angaben des Dachverbandes weltweit 1,1 Mrd. Franken oder 3,25% ihrer konsolidierten Umsätze für Umwelt und Sicherheit ausgegeben, die Hälfte davon in der Schweiz. Verbunden war diese erstmals erfolgte Angabe mit der Versicherung, das «Umdenken» habe lange vor Schweizerhalle eingesetzt und drehe sich neben «defensiven» Umweltschutzmassnahmen vorab um strukturelle Änderungen, also um die Ersetzung gefährlicher Stoffe und Prozesse, eine Entwicklung, die Zeit und Geld erfordere.

Ökologie und Ökonomie

Die These, eine wirksame Ökologie setze eine gesunde Ökonomie voraus, weil Umweltschutz Geld koste, nahm an der erwähnten Leuenberg-Tagung einen wichtigen Platz ein. Denn «gesund», erklärten Kritiker der industriellen Gegenwart, müsse nicht notwendigerweise einfach «ertragsstark» heissen, sondern «gesund» im Sinne der Umweltverträglichkeit. Eine solche Wirtschaft brauche dann nicht mehr mit grossem Geldaufwand Schäden zu verhindern oder zu beheben. Ein Konsens kam in diesen Gesprächen erwartungsgemäss in keiner Weise zustande – die Frage, ob Wohlstand mit Wohlbefinden gleichzusetzen ist und was der Begriff «Lebensqualität» bedeutet, geht zu tief. Symptomatisch war wohl eher die Tatsache, dass solche Grundfragen überhaupt angeschnitten wurden. Krise als Chance?